

Verwegener Gedanke

Zu: „SPD hält an acht Stunden am Tag fest“, FR-Wirtschaft vom 27. Mai

Herr Köhler von der FDP positioniert sich und seine Partei mit dem Statement, dass der Acht-Stunden-Tag „ein fossiles Dogma“ sei. Leider hat sich Herr Köhler aber nicht die Mühe gemacht, das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) zu lesen und/oder möchte das darin festgeschriebene aus populistischen Gründen ignorieren, um auf die Koalitionspartner einzuschlagen.

§ 3 ArbZG schreibt zwar vor, dass die werktägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer acht Stunden nicht überschreiten darf; erlaubt aber auch, dass sie auf bis zu zehn Stunden verlängert werden kann, wenn innerhalb von sechs Kalendermonaten oder innerhalb von 24 Wochen im Durchschnitt acht Stunden werktäglich nicht überschritten werden.

Jetzt aber – zum Mitschreiben für Herrn Köhler – das fossile Dogma des ArbZG: Werktag sind alle Tage außer Sonn- und Feiertagen, d.h. die „normale“ Arbeitswoche des ArbZG hat sechs Werktag! Damit kann der Arbeitgeber laut Gesetz 48 Arbeitsstunden pro Woche einfordern, was bei einer aktuell typischen Fünftagewoche im Schnitt (!) 9,6 Stunden (ohne Pausen) pro Tag wären. Was begehrt das Herz von Herrn Köhler noch mehr? Unbezahlte Sklavenarbeit rund um die Uhr?

So viel zur juristischen Sachlage, aber Herr Köhler ist ja kein Jurist, sondern ein an einer jesuitischen Hochschule promovierter Philosoph und muss sich mit solchen Nickeligkeiten nicht beschäftigen. Allerdings sollte er in der Lage sein, die gesellschaftliche Realität zu erkennen. Es gibt anscheinend nicht genügend Menschen, die so lange für andere arbeiten wollen, selbst wenn es gesetzlich zulässig ist. Wenn es also ein knappes Angebot an Arbeitsleistung gibt, müsste das fossile Kerndogma der FDP von der unsichtbaren Hand des Marktes greifen, die alles regelt: Die Arbeitgeber:innen müssen einfach nur einen höheren Preis für die Arbeitsstunde aufrufen – für 50 oder gar 100 Euro die Stunde findet sich sicherlich eine Arbeitskraft, die ein paar Stunden zusätzlich leistet. Aber das ist vermutlich ein zu verwegener Gedanke, irgendwo sind ja auch die Grenzen der freien Marktwirtschaft. Klaus Vernie, Bad Honnef

Harte Zeiten

(Fußball-EM: „Das Milliardenpiel“, FR-Sport vom 13. Juni

Ein (SPD-) Minister will uns wehrtüchtig machen, in Frankfurt werden mehr Hochhäuser als Sozialwohnungen gebaut, die Klimaschutz-Ignoranz beschert uns ein Hochwasser nach dem anderen, die Politik kapituliert vor Ultrarechten und rückt selber nach rechts – und jetzt auch noch Fußball-Terror total! Vor uns liegen harte Zeiten.

Mario Gesiarz, Frankfurt

Altes Denken wird zur Gefahr für unsere Zukunft

EU-Parlament: „Wahl erschüttert Europa“, FR-Titel vom 10. Juni, und „Die Hoffnung ist vollkommen verpufft“, FR-Politik vom 12. Juni

Mit der Ölheizung im Hochwasser

Wie die Grünen – in Deutschland und europaweit – bei dieser Wahl abgestraft wurden, finde ich erschütternd. So kommt mir das vor: Da stehen die Menschen bis zum Bauchnabel im Hochwasser und schimpfen darüber, dass sie ihre Ölheizungen nicht behalten sollen. Peter Steinberg, Frankfurt

Rechte Kräfte wollen die EU von innen zerstören

Das Ergebnis der Europawahlen ist eine politische Katastrophe. Der zu verzeichnende Rechtsruck, bei dem in der Bundesrepublik die AfD trotz vieler Affären und Gegenprotest erheblich zugenommen hat, stärkt natürlich die Kräfte im Europaparlament, die die Europäische Union von innen heraus zerstören wollen. Dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten sind alle Demokratinnen und Demokraten aufgerufen. Doch so lange Ursula von der Leyen ein Techtelmechtel mit den Rechtsradikalen nicht ausschließt, wird es schwierig für überzeugte Demokraten, ein Bündnis gegen rechts einzugehen, wenn es zumindest auf europäischer Ebene kein eindeutiges Nein seitens der Europäischen Volkspartei zu derartigen Bündnissen gibt.

Die radikale Rechte kann in Europa und in der Bundesrepublik triumphieren. In vielen Politikbereichen wie Migration oder Umwelt wird es, wie sicher bald bemerkbar sein wird, immer schwieriger, eine menschenfreundliche Politik durchzusetzen. Die Tatsache, dass insbesondere in der Bundesrepublik auch mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen im Herbst die Gefahr einer Abhängigkeit von der rechtsextremen AfD besteht, muss die Gegenmobilisierung der Demokraten verstärken.

Das Ergebnis wäre mit Sicherheit noch viel schlimmer ausgefallen, hätten nicht Zehntausende bewusste Bürgerinnen und Bürger erkannt, wie wichtig das öffentliche Eintreten für Demokratie und Freiheit ist. Wir



Viele Menschen halfen wie hier in Stuttgart bei der Auszählung von Wahlstimmen für die Europawahl. DPA

dürfen nicht nachlassen im Engagement gegen die braunen Feinde der Demokratie dafür werben, wie wichtig Zivilcourage und Freiheitswillen sind. Das Bewusstsein für „Nie wieder ist jetzt!“ war noch nie so wichtig wie in diesen Zeiten.

Ich gehöre zu jenen, die nach den jüngsten Wahlen darüber nachdenken, ob man dieses Land und bestimmte Teile Europas verlassen muss. Leider sind diese Gedanken inzwischen wohl bei vielen Menschen vorhanden, denn das sogenannte gesunde deutsche Volksempfinden greift wieder um sich.

Manfred Kirsch, Neuwied

Eine Konservative als Wölfin im Schafspelz

Heißt es nicht, an ihren Taten sollt ihr sie erkennen? Kann es sein, dass wir es bei Ursula von der Leyen mit einer Wölfin im Schafspelz zu tun haben? Nimmt

sie wirklich an, dass ihr Kalkül aufgeht? Sie ist doch für die Menschen/Politiker in den Ländern, die Stimmung machen gegen die EU, Teil des „Systems“. Glaubt von der Leyen, dass sie nur einen Tag länger an der so begehrten Macht bleibt als nötig, nachdem die Rechten gewonnen haben? Hatte nicht vor Jahren ein konservativer Reichskanzler (von Papen) versucht, die Rechten einzubinden, und ist gescheitert? Und trifft auf von Papen nicht die Formulierung „nützlicher Idiot“ zu?

Rüdiger Erdmann, Pattensen

Niemand steht heute zu seiner Niederlage

Nicht nur ich frage mich: Warum zieht heute keiner mehr aus seinem Wahldebakel persönlichen Konsequenzen? Mit solchen Verlusten habe ich nichts zu tun. Daran sind andere schuld. Ich bleibe hier sitzen. Was? Rücktritt? Nein, das gab es mal. Das war früher.

Heute müssen sie zuerst nach den Ursachen suchen – ein Phänomen! Niemand steht mehr zu seinen Verlusten als Person. Wie soll es besser werden? Doch nur mit neuen frischen Köpfen, in denen das Alte nicht so weiterhin vorherrscht. Wie heißt es so schön: No risk, no fun – besser – no win! Jon Pahlow, Frankfurt

Das Gefühl bestimmt, wo das Kreuz gesetzt wird

Man muss sich fragen, was in den Menschen vorgeht, wenn sie eine Wahlentscheidung treffen. Ein unbefangener Beobachter muss zum Ergebnis kommen, dass nicht Sachverstand oder Fakten eine Rolle spielen, sondern Gefühl und Wellenschlag das Kreuzchen bestimmen.

Nun war jahrelang auf die Grünen in Form von Herrn Habeck eingeprengelt worden, so dass der Eindruck entstand, dieser Herr habe die Klimakatastrophe erfunden und sei somit für alles verantwortlich, was schief läuft, das Wetter eingeschlossen. Bei unkritischen Zeitgenossen jedenfalls musste der Eindruck entstehen: Wenn die Grünen weg sind, wird alles besser. Es wird eben alles so wie früher und das ist dann auch gut so. Wenn man nicht dieser Meinung ist, kann man nur noch kopfschüttelnd in sein Kämmerlein gehen und die Welt vergessen. Alte und neue Volksparteien sind dieser Meinung, wie sie öffentlich kundtun. Es geht also ganz demokratisch zu. Jürgen H. Winter via FR-Blog

Die Grünen lassen sich ständig bevormunden

Das Problem ist die Politik der Grünen innerhalb der Ampel und nicht die Kommunikation. Sie lassen sich ständig von der FDP bevormunden. Ich denke nur an die Kindergrundsicherung (ein Debakel zu Lasten arbeitsunfähiger Kinder) und dass ein Tempolimit bis heute nicht durchgesetzt wurde. Diese Liste ließe beliebig fortsetzen.

Jürgen Federbusch, Bad Homburg

Diskussion: frblog.de/eu-wahl-2024

Die Liberalen verharren in ihrer ideologischen Verbohrtheit

Schuldenbremse: „FDP mahnt Koalition zur Vertragstreue“ und „Linders Starsinn“, FR-Politik und -Meinung vom 10. Juni

Es fehlen der Regierung Milliarden für die Förderung der Energiewende, die Infrastruktur, Bildung, den dringend notwendigen sozial-ökologischen Umbau und anderes. Doch die FDP, Lobbypartei der Gutverdiener und Reichen, hält krampfhaft an Sparpolitik und Schuldenbremse fest.

Nachdem sie bei der Europawahl mit fünf Prozent nicht untergegangen ist, attackiert Lindner nun SPD-Vorstellungen, wie die 30- bis 40-Milliarden-Lücke im Staatshaushalt zu schließen ist. FR-Kommentator Szent-Ivanyi titelt richtig mit „Linders Starsinn“ und schlägt vor, alle Ausgaben für die Ukraine zusammenzufassen und dafür die „Grundgesetz-Regel“ auszusetz-

zen. Dem ist zuzustimmen, und es wäre verfassungsgemäß!

Die Schuldenbremse als neoliberales Vehikel war 2009 beschlossen und im Grundgesetz verankert worden. Dass sie als Investitions- und Zukunftsbremse wirkt, zeigt ihre 15-jährige katastrophale Bilanz: Seit Jahren kaputtgespart wurde nicht nur bei Bahn, Schulen, vielen Straßen und Brücken – das sind nur einige Beispiele. Auf kommunaler Ebene besteht ein Investitionsstau von über 160 Milliarden Euro! Unsere Kinder und Enkel haben dadurch schlechte Bildungs-, Entwicklungs- und Lebenschancen.

Konkurrenten zeigen, wie man aktive Industriepolitik macht: Die US-Regierung hat mit

ihrem 400-Milliarden-Dollar-Gesetz einen wahren Boom ausgelöst bei Investitionen für klimafreundliche Industrien und Infrastruktur. Ähnliche Subventionen gibt es in China. Deutschland jedoch droht im globalen Wettbewerb abgehängt zu werden! Dabei fordert aktuell auch der deutsche Industrieverband BDI 400 Milliarden Euro auf zehn Jahre für staatliche Investitionen in Form von „Sondervermögen“ – sprich: Staatsschulden!

Eine Reform der Schuldenbremse wäre also dringend geboten, damit die Zukunft gestaltet werden kann. Doch verbleibt die FDP unter Lindner ideologisch verbohrt. Der schwache Kanzler lässt der FDP freie Hand, und

auch die CDU/CSU-(Total)-Opposition will keine Reform der Schuldenbremse unterstützen.

Szent-Ivanyi ist aber zu widersprechen, wenn er wie FDP-Lindner jegliche Steuererhöhungen ablehnt. „Einnahmeerhöhungen“ (so Klingbeil, SPD) wären ein Weg aus dem Finanzierungsdilemma, durch Subventionsabbau, Kampf gegen Steuervermeidung, vor allem reelle Erbschafts- und Wiedereinkommensteuer. Der private Reichtum ist durch eine umverteilende Steuerpolitik endlich in die Pflicht zu nehmen, für die vielen gegenwärtigen Herausforderungen und zur Reduzierung der sozialen Spaltung!

Winfried Kallabis, Dieburg